

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 04.12.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:40 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	Vertretung für Herrn Dr. Heinrich
Herr Andreas Nowotny	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Frau Katharina Hintz	SKE	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Sven Weise	Freie Träger	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Christian Heine	BMA	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw	
Herr Uwe Wätzel	Verw	
Herr Bernd Werner	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verw	
Frau Sylvia Schulze	Verw	
Frau Carola Jahnke	Verw	
Herr Dr. Eberhardt Wilhelms	Verw	
Frau Christel Günther	Verw	
Herr Steffen Heinritz	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	vertreten durch Herrn Misch
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Anja Hunger	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2007 - 2. Lesung
Vorlage: IV/2008/07577

4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
- 6.1. Bericht zum Stand SGB II
- 6.2. Bericht über die Arbeit der Seniorenberatungsstelle - Berichterstattung Frau Riethmüller
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 7.1. Anfrage von Herrn Misch, CDU-Fraktion in der Stadtratssitzung vom 29.10.08 zur Berichterstattung der BILD-Zeitung vom 17.10.08 zu Maßnahmen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung
8. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass heute zum TOP 6.1. Fragen gestellt werden können, die an die ARGE weitergeleitet werden, jedoch ist es den beiden Geschäftsführerinnen der ARGE heute aus dringenden dienstlichen Gründen nicht möglich, an der Sitzung teilzunehmen.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007 - 2. Lesung Vorlage: IV/2008/07577

Die Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Schneller das Wort.

Herr Schneller bittet um Verständnis, dass nur Mittel ausgegeben werden können, die vorhanden sind. Die Unterkunftskosten sind so eingestellt, wie es im nächsten Jahr erwartet wird, andere Mittel sind dem Ist angepasst. Im Bereich der freien Förderung müssen die Mittel gekürzt werden, darüber muss zu gegebener Zeit gesprochen und entschieden werden. Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung wird die Verwaltung den TOP 2.2. von der Tagesordnung streichen.

Herr Häder fragt, wie „zu gegebener Zeit“ zu verstehen sei? Dazu sollte heute diskutiert werden, da es ja auf der Tagesordnung steht.

Die Ausschussvorsitzende kann dieser Auffassung folgen. Frau Wolff findet die Streichliste auch unmöglich, ebenso die Prioritätenlisten. Sie will von der Verwaltung wissen, wie dieser Haushalt umgesetzt werden soll und bittet um Nachreichung von Zahlen.

Herr Schneller antwortet, dass die Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen Vorstellungen erarbeitet hat. Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass sich der Ausschuss mehrheitlich dafür ausspricht, dass diese Minderung heute eine Rolle gespielt hätte und drückt darüber ihr Unbehagen aus.

Frau Wolff fragt, wie die globale Minderung aussehen soll, wenn hier nichts beschlossen werden soll? Die Ausschussvorsitzende antwortet, dass sich daran gehalten werden muss, wenn die Liste nicht im Ausschuss behandelt werden soll. Der Ausschuss ist an das Verwaltungshandeln gebunden.

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass alle Fragen, die das ZGM und auch das Personalamt zu beantworten hätte, im Finanzausschuss besprochen und beantwortet werden sollten. Diese Vertreter der Verwaltung sind heute hier nicht anwesend.

Amt 53

UA 1103 Öffentlichkeit und Werbung Ausgabe 0

UA 5010 keine Fragen

UA 5011 Öffentlichkeitsarbeit Ausgabe 9.671,36 Euro

UA 5404 keine Fragen

VMH

UA 1103/UA 5010/UA5404 keine Fragen

Amt 50

UA 4000/UA 4050/UA 4101/UA 4103/UA 4114/UA 4130/UA 4141 keine Fragen

UA 4148

Herrn Misch fragt, warum der Ansatz bei Bestattungen zurückgegangen ist?

Frau Winter antwortet, dass die Zahlen dem Ist angepasst sind.

UA 4200

Frau Wolff fragt, warum hier für die Hilfe zur Erziehung so viel Geld bereitgestellt wird. Frau Winter antwortet, dass keine Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz bereitgestellt wurden. Die Deckung kommt aus verschiedenen Unterabschnitten.

UA 4210/UA 4220/UA 4230/UA 4240/UA 4350/UA 4362 keine Fragen

UA 4700

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass diese hier stehende Summe beschlossen wird.

UA 4820

Frau Winter teilt mit, dass in Bezug auf die Bundeserstattung noch keine Mitteilung da ist.

UA 4850 keine Fragen

UA 4980

Zum Halle-Pass informiert Herr Schneller, dass über das neue Wohngeldgesetz bei Haushalten mit minderjährigen Kindern der Berechtigtenkreis gleich bleibt.

VMH

UA 4000/UA 4350/UA 4700 keine Fragen

Amt 39

UA 0260

Frau Wildner teilt mit, dass im Bereich Werbung und Öffentlichkeitsarbeit keine Mittel eingestellt sind. Auch der Bereich der besonderen Ausgaben ist zurzeit 0. Das Fördermittel-Ist lautet 70.860 Euro.

Frau Runde spricht an, dass Taxifahrten in Halle teurer werden, hat dies Auswirkungen auf das Nachttaxi? Frau Wildner sagt, dass hier 12.000 Euro vorgesehen sind, der Wert der Gutscheine bleibt gleich, jedoch vermindert sich die Anzahl der auszugebenden Scheine. Herr Misch fragt, ob man einen Überblick über die Klientel hat. Sind da auch gutsituierte Frauen dabei, die nicht bedürftig sind? Wird die Bedürftigkeit geprüft? Die Ausschussvorsitzende sagt Herrn Misch, das dies nichts mit der Haushaltsdiskussion zu tun hat. Frau Wildner beantwortet Herrn Misch die Frage trotzdem, dass man im 11. Jahr Erfahrungen mit der Klientel hat, die überwiegend über 50 Jahre alt sei und gerade diese Altersgruppe finanziell nicht so gut dasteht.

UA 4370 keine Fragen

VMH

UA 0260/UA 4370 keine Fragen

Haushaltskonsolidierung

Seite 935 – Fachkonzept Amt 50/Seite 936 – Änderungen SGB II/Seite 939 – Struktur, Einsparung soziale Sicherheit, laufende Leistungen

Frau Winter erläutert, dass im UA 4101 bei den Sachkosten 103.000 Euro Einsparungen erbracht werden. Das Fachkonzept des Sozialamtes ist im Fluss.

Herr Häder hält den Haushalt für nicht seriös und kann dem nicht zustimmen. Die Ausschussvorsitzende nimmt dies zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<u>SKE</u>	Ja	1
	Nein	-
	Enthaltung	5

<u>Stadträte</u>		
	Ja	6
	Nein	1
	Enthaltung	3

Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2009, den Haushaltsplan 2009 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2007 zur Kenntnis.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Bericht zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob es Auswirkungen gibt in Bezug auf das neue Wohngeldgesetz? Herr Schneller erläutert, dass nicht eingeschätzt werden kann, wieviele Antragsteller dazu kommen. Schätzungen des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt mit bis zu 70 % hält Herr Schneller für deutlich zu hoch. Genauer kann noch nicht gesagt werden, da die Fälle erst im Januar bearbeitet werden können. Die personelle Abdeckung wird im Sozialamt gelöst.

Die Ausschussvorsitzende fragt, wie mit einer Verwaltungsordnung zur Erstausrüstung (§ 23) umgegangen wird? Herr Schneller antwortet, dass es eine interne Arbeitshilfe im Sozialamt gibt. Vorwiegend wird auf Gebrauchtmöbel verwiesen. Eine Neubewilligung geschieht nur dann, wenn keine Gebrauchtmöbel bei den Möbelbörsen in Halle vorhanden sind, dazu gibt es Wertgrenzen.

Frau Wolff fragt, ob der Bedarf kontrolliert wird? Herr Schneller sagt, das dies schlecht möglich ist.

zu 6.2 Bericht über die Arbeit der Seniorenberatungsstelle - Berichterstattung Frau Riethmüller

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Riethmüller, Leiterin der Seniorenberatungsstelle der Stadt Halle und erteilt ihr das Wort.

Frau Riethmüller erläutert die Arbeit der Seniorenberatungsstelle und die Angebote, die den Senioren unterbreitet werden. Seniorenarbeit hat immer mit demografischem Wandel zu tun. Sie spricht über die Zunahme der Zahl älterer Menschen und der Stadt. Der Anteil älterer Menschen am Gesamtanteil der Bevölkerung wächst stets an, besonders der Anteil sehr alter Menschen (über 80 Jahre). Sie erläutert, dass viele Menschen 30 Jahre und länger in Rente sind. $\frac{3}{4}$ der älteren Menschen sind Frauen, es gibt zunehmend Single-Haushalte. Ältere Menschen waren noch nie so fit wie heute und hatten einen so hohen Bildungsstand.

Frau Riethmüller spricht die gute Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat an.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Riethmüller und erinnert daran, dass der Beschluss „Altsein in Halle“ immer noch gilt.

Sie erteilt anschließend Herrn Dorn vom Seniorenrat das Wort. Herr Dorn sagt, dass die Stadt sich mit der Seniorenberatungsstelle eine Einrichtung geschaffen hat, die in keiner

Weise wegzudenken ist. Er betont auch die Zusammenarbeit mit den politischen Vertretern in den Fraktionen. Herr Dorn dankt Frau Riethmüller für die gute Zusammenarbeit.

Frau Runde fragt nach der Rentenproblematik und der Streichung freiwilliger Leistungen und fragt, ob mit Anerkennung von Berufsabschlüssen von Migranten nicht mehr Pflegepersonal zur Verfügung stehen könnte. Herr Dorn antwortet, dass das Rentenrecht Bundesgesetzgebung ist. Der Seniorenrat befasst sich mit dieser Problematik in der Arbeitsgruppe „Renten“. Erst gestern sei über diese AG eine Resolution zur Rentenungerechtigkeit an die Bundeskanzlerin gegangen.

Herr Kupke spricht an, dass Frau Thieme (FDP) vor ½ Jahr im Stadtrat angesprochen hat, dass die Bänke in Halle zu tief für Senioren seien, in dieser Hinsicht sei nichts geschehen. Das Problem wirkt lächerlich gemacht, das ist es aber nicht. Er bittet die Verwaltung, dass hier etwas geschieht und die Bänke höher gemacht werden.

Frau Riethmüller spricht daraufhin an, dass in den Wohnungen darauf geachtet wird, dass z. B. die Toiletten für Senioren höher sind, warum wird dies bei anderen Dingen nicht auch beachtet.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Riethmüller und Herrn Dorn und versichert, dass sie das Problem mit den Bänken im Auge behalten wird.

Zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Auf die Nachfrage von Frau Wolff zu den Außenständen Land/Bund für nicht bezahlte Leistungen antwortet Herr Schneller, dass dies zeitnah läuft.

Frau Wolff fragt außerdem nach den Maßnahmen, die die ARGE nicht voll ausgereicht habe. Sie bittet Frau Dr. Radig schriftlich darzustellen, in welchen Bereichen diese Maßnahmen gegangen sind.

Frau Wolff spricht an, dass zur Stelle der Drogenbeauftragten Herr Dr. Wiegand einen Vorschlag machen wollte. Dies ist nicht geschehen. Frau Wolff bittet um schriftliche Antwort. Herr Dr. Wilhelms antwortet, dass es eine Personalie dazu gibt, diese wird noch vorgestellt. Er erläutert, dass es keinen Stadtratsbeschluss für die Stelle der Drogenbeauftragten gibt, sondern zur Arbeit auf diesem Gebiet. Frau Günther ergänzt, dass der Beschluss des Stadtrates von 1998 sich auf das Gesamtkonzept "Netzwerk gegen Drogen" bezieht, in dem die Stelle einer Drogenbeauftragten vorgesehen ist. Da diese Stelle nicht gesondert geschaffen, sondern aus dem Bestand der Stadtverwaltung mit neuen Aufgaben versehen wurde (Frau Günther nahm ihre Stelle aus dem Jugendamt mit), ist kein neuer Beschluss zu fassen, wenn die Aufgaben des Netzwerkes durch eine andere Person aus der Stadtverwaltung mit eigener Stelle adäquat weiter geführt werden. Die Mitarbeiterin, die gegenwärtig im Gespräch ist, verfügt über die entsprechende Qualifikation und wird von der Drogenbeauftragten für geeignet gehalten.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Vorstellung der Mitarbeiterin in der Januarsitzung.

Herr Häder fragt, wie die Stadtverwaltung ab Januar 2009 mit den Verträgen umgeht? Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass es hier und heute keine Antwort geben werden kann.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach dem Hospital, hat es dort einen Austausch beim Pflegepersonal in Größenordnungen gegeben? Frau Hanna Haupt antwortet darauf, dass hierzu in der MZ berichtet worden ist. Es geht um den Umbau von 2-Bett-Zimmer zu 1-Bett-Zimmer. Es wurde ungelernetes Personal gekündigt, keine Fachkräfte.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach dem Stand HGZ. Frau Winter informiert, dass es ein Gespräch zwischen ZGM, Herrn Hauff und Dr. Fischer gegeben hat, Herr Hauff ist als einziger noch in der Gellertstraße verblieben. Seine Schulden müssen noch bereinigt werden. Im Gespräch ist man übereingekommen, dass Herr Hauff die Räume bis zum 1.1.09 verlassen muss.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach ihrer Anfrage im Juni zum Triple-P-Programm an Herrn Dr. Marquardt.

zu 7.1 Anfrage von Herrn Misch, CDU-Fraktion in der Stadtratssitzung vom 29.10.08 zur Berichterstattung der BILD-Zeitung vom 17.10.08 zu Maßnahmen des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung

Die Ausschussvorsitzende erläutert, dass die Anfrage von Herrn Misch vom Stadtrat in den Ausschuss verwiesen wurde. Sie begrüßt den Leiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung, Herrn van Rissenbeck.

Herr Misch erläutert seine Anfrage noch einmal und fragt nach den Konsequenzen. Herr van Rissenbeck sagt einleitend, dass eine schriftliche Antwort über die Dezernatsleitung an Herrn Misch kommt. Er bittet um Verständnis, dass er über personelle Konsequenzen erst im nicht öffentlichen Teil informiert. Herr van Rissenbeck erläutert, wie die Maßnahme gelaufen ist.

Herr Misch fragt, mit welcher wirtschaftlichen Herangehensweise hier gearbeitet wird? Dies muss von Anfang an bedacht werden.

Im Zusammenhang mit diesem Projekt bittet Frau Wolff um Informationen zum sogenannten Organspender-Wald. Herr Dr. Wilhelms erläutert, dass die Krankenhäuser die Organspender ehren wollen und da in Halle das Nierentransplantationszentrum ist, hat man sich dazu entschlossen, diesen „Ehrenhain“ hier in Halle-Neustadt vorzusehen.

zu 8 Anregungen

Herr Czock regt an, dass das Verweisen einer Anfrage aus dem Stadtrat in den Ausschuss demnächst abgewiesen werden soll.

Die Ausschussvorsitzende regt an, im Januar die Aids-Hilfe in den Ausschuss einzuladen. Herr Nowotny bittet darum, im Januar beide Volkssolidaritäten einzuladen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 26.01.09

Kerner, Protokollführerin